Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft

Herausgeber: Wechselwirkung

Band: 1 (1979)

Heft: 1

Rubrik: Aktuell

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

HARRIS BURG

Wende oder Kritikpunkt?

Kurzfristig stand die Debatte über Reaktorsicherheit in den letzten Wochen im Rampenlicht. Wir werden uns hüten, aus der Fülle von Stellungnahmen und immer wieder neuen Details über Vorgeschichte und Hergang des Unfalls in Harrisburg ein abgerundetes Bild zu entwerfen. Vielmehr wird hier ein Konfliktpunkt – kein Wendepunkt – markiert, an dem Positionen deutlicher formuliert werden müssen. Die Befürworter geraten dabei in z.T. prekäre Situationen, die bislang weitgehend vermieden werden konnten:

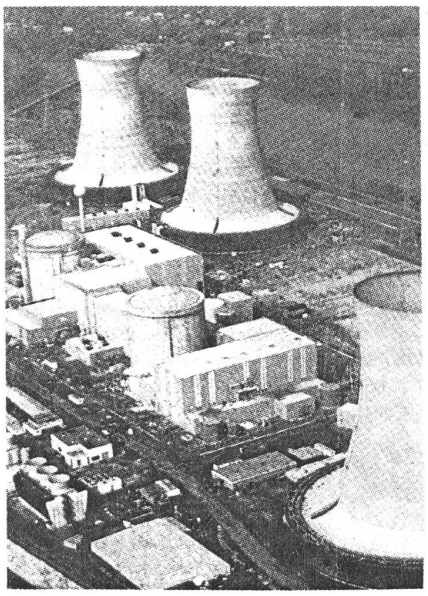
– zum ersten Mal mußte ein volles „Katastrophenmanagement" seinen Respekt vor dem Schutz der Bevölkerung unter Beweis stellen,

– es tat sich eine Erkenntnislücke zwischen jahrelang durchstudierten und in dicken Wälzern festgehaltenen Störfallabläufen und der völlig neuen Situation in Harrisburg auf,

– die unmittelbare „Schuldfrage" mußte durch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen menschlichem und technischem Versagen gelöst werden.

Die US-amerikanischen wie internationalen Reaktionen auf den ersten großen bekanntgewordenen Reaktorunfall lassen schließlich in allen Punkten Varianten erkennen. Zunächst zur BRD. In Abwesenheit des wieder einmal in Lateinamerika engagierten Kanzlers, den die DWK für den verläßlichsten Befürworter der Kernenergie unter den bundesrepublikanischen Politikern hält, tanzten die Enfants terribles der Parteienpolitik wieder aus der Reihe: Innenminister Hirsch und Wirtschaftsminister Riemer aus Nordrhein-Westfalen (beide FDP) ließen sich zu den weitesten Konsequenzen hinreißen. Keine weiteren Teilgenehmigungen und zentrale behördliche Überwachung der in Betrieb stehenden Anlagen. Andere Volksvertreter nutzten die Gelegenheit, um sich vorsichtig als Kritiker zu profilieren, hauptsächlich Innenminister Baum, der die Sicherheitsdebatte forcieren will. Selbst Stoltenberg zeigte sich verunsichert, indem er die Verantwortung für den weiteren Bau von Brokdorf nun eindeutig der Bundesregierung zuschieben will, offensichtlich unter dem Eindruck der Kampfansage seines Kontrahenten Matthiesen für die Ende April anstehende Landtagswahl. Insgesamt läßt sich sagen: je tiefer die eigene Rangstellung innerhalb der politischen Hierarchien ist, desto eindeutiger wird gegen Kernenergie Stellung bezogen. So nehmen etwa in der Umgebung des KKW-Neubaus Grafenrheinfeld bei Schweinfurt Bürgermeister und Kreisverbände von SPD und FDP Positionen ein, die andernorts Bürgerinitiativen vorbehalten bleiben während sich die Staatsspitzen in vornehmes Schweigen hüllen.

Um so offensiver stellt die betroffene Industrie ihre Positionen zur Schau. Barthelt und seine KWU-Leute ermahnen die US-Experten ausdrücklich, nicht von Glück in der Bewältigung der Krise zu sprechen. Vielmehr drehen sie den Spieß um und erklären, daß mit Harrisburg auch schwere Reaktorkrisen sich als beherrschbar erwiesen hätten. Dieser Argumentationsgymnastik entspräche konsequent die Position, daß der Sicherheitsaufwand von angeblich 200 Millionen pro KWU-Anlage eigentlich nur dazu da sei, um den Betreiber vor gravierenden Schäden an seiner Ausrüstung zu schützen.



KKW-Anlage Harrisburg

Damit auch schon zur internationalen Reaktion: Selten hat ein Ereignis so viel über innen- und außenpolitische Verhältnisse in einer Vielzahl von Ländern erkennen lassen, schließlich gibt es kaum mehr ein Land, das aufrichtig von sich behaupten kann, keine Ambitionen zur Kernenergie zu haben.

Während zuerst in Belgien ein entschlossener Bürgermeister mit einer Polizeiverordnung die 870 Megawatt von Tihange I auf Null herunterschaltete, konzentrierten sich die restlichen Stillegungsüberlegungen auf Skandinavien und Japan. Das belgische Parlament hat inzwischen den Rebellen wieder zum Einschalten gezwungen. Dennoch hatte er damit den ersten internationalen Konflikt mit den zu 50% an der Abnahme beteiligten Franzosen provoziert. Der zweite innereuropäische Streit zwischen den sonst guten Nachbarn Dänemark und Schweden, der sich über die Schließung des auf schwedischer Seite des Öre-Sunds betriebenen KKW Barsebaeck anbahnte, wurde noch rechtzeitig durch einen Generatorbrand und damit Zwangsstillegung des Blocks I geschlichtet. Schweden erlebt eine Wiederöffnung der noch vor drei Jahren wahlbestimmenden KKW-Debatte: Der trotz seines damaligen Wahlsieges unglücklich taktierende konservative KKW-Gegner Fälldin bereitet sich auf ein Come-back vor, einer Volksabstimmung stehen mittlerweile nicht einmal mehr die Sozialdemokraten im Wege. Sie erinnern sich nach ihrer ersten Wahlniederlage seit 40 Jahren sehr wohl an die Brisanz des Themas, eine Brisanz, die für die Reichstagswahlen im September durch Harrisburg nur zunehmen kann.

Erstaunlicherweise erfolgte die einzige Abschaltung aus Furcht vor vergleichbaren Störfällen in Japan, das sonst bei uns als Musterland rigider Umweltpolitik gilt. Betroffen ist allerdings nur einer von 19 Reaktoren wegen seiner mit Harrisburg teilweise identischen Komponenten. Von dort kommt auch die einzige organisierte Stellungnahme aus Wissenschaftlerkreisen (außer natürlich der Union of Concerned Scientists): die Vereinigung Japanischer Wissenschaftler (10.000 Mitglieder) forderte die sofortige Einstellung aller Kernenergieprojekte. Die Bediensteten des Atomenergieforschungsinstituts stellten sich gegen ihren Direktor, der einen Unfall wie Harrisburg für Japan praktisch ausschließen wollte (nach Süddeutsche Zeitung vom 5.4.79).

Zum Abschluß Stimmen aus dem etwas näher gelegenen Osten: In der DDR wurde zwar die totale Nachrichtensperre verhängt, wie aber meist in solchen Fällen sah sich NEUES DEUTSCHLAND dann doch gezwungen, einen 13-Zeiler zu bringen, aus dem aber weder im Guten noch Bösen etwas für die DDR-Bevölkerung folgt nach dem Unfall. Deutlicher wurde hier PRAVDA, die ebenfalls am sechsten Tag kurz darüber berichtete, gleichzeitig aber die **absolute** Sicherheit ihrer Anlagen hervorhob, und damit ein Musterbeispiel von KWU-Logik abgab.

Insgesamt also wenig Erfreuliches, und was am meisten auffällt: die unmittelbaren Erfahrungen, die Hunderttausende mit der Bedrohung einer schweren Auswirkung des Unfalls gemacht haben, scheinen kaum jemanden zu interessieren!

Titelbild: Ausbruch von nitrosen Gasen bei Dormagen